

Klaus Regling, Theo Waigel und Jürgen Stark in einem Streitgespräch

Die Zeit

Veröffentlicht am 28. Juni 2018

Interviewer: Mark Schieritz und Petra Pinzler

DIE ZEIT: Herr Waigel, Herr Regling, Herr Stark, an diesem Donnerstag wird in Brüssel über die Zukunft des Euro verhandelt. Sie waren dabei, als er eingeführt wurde. Es heißt, das war der Preis, den Deutschland für die Einheit zahlen musste.

Theo Waigel: Das ist falsch, auch wenn es oft behauptet wird, vor allem in Frankreich. Ich habe den Eindruck, dass damit die etwas unglückliche Rolle des französischen Staatschefs François Mitterrand bei der Wiedervereinigung verklärt werden soll. Mitterrand war damals wie auch die britische Regierungschefin Margaret Thatcher beim russischen Präsidenten Michail Gorbatschow in Moskau. Gorbatschow hat mir später erzählt, dass die beiden die Wiedervereinigung aufhalten wollten. Er ist darauf nicht eingegangen, und auch George Bush hat uns uneingeschränkt unterstützt. Um nicht mit leeren Händen dazustehen, wurde danach behauptet, man habe den Deutschen die Zustimmung zum Euro abgetrotzt.

ZEIT: Die Bundesbank wehrte sich lange gegen die gemeinsame Währung. Sie argumentierte, dass die Länder Europas dafür noch nicht bereit seien. Wie sind Sie damit umgegangen?

Klaus Regling: Ich weiß noch, wie Jürgen Stark und ich deswegen von Bonn nach Frankfurt zur Bundesbank gefahren sind, um mit Hans Tietmeyer, dem Präsidenten, und Otmar Issing, seinem Chefvolkswirt, zu sprechen. Wir haben gefragt: Wenn ihr immer sagt, dass eine Währungsunion ohne politische Union nicht geht, was meint ihr denn? Eine gemeinsame Armee, damit wir Euroland verteidigen können? Eine gemeinsame Außenpolitik? Diese Dinge mögen ja wünschenswert sein, aber brauchen wir sie wirklich für die Währungsunion?

ZEIT: Und wie lautete die Antwort?

Regling: Es ging ihnen um Regeln für die Haushaltspolitik der Mitgliedsstaaten.

Jürgen Stark: Wir überlegten dann, wie man die Euro-Länder dazu bringen kann, ihre Staatshaushalte dauerhaft in Ordnung zu halten. Der Vertrag von Maastricht – das Gründungsdokument der Währungsunion – regelt lediglich, dass das Haushaltsdefizit von Staaten, die den Euro einführen, nicht höher als drei Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung sein darf. Mit meinen Mitarbeitern habe ich dann beraten, wie man die Vorschriften konkreter und strikter fassen kann. Das war die Geburtsstunde des Stabilitätspakts – und zeitlich die letzte Chance, in dieser Hinsicht noch etwas zu erreichen.

ZEIT: Der Pakt legt fest, dass das Staatsdefizit die Drei-Prozent-Marke auch nach dem Beitritt zur Währungsunion nicht übersteigen darf.

Waigel: Die Sache war aber umstritten. Ich wollte das Konzept im Rahmen einer Haushaltsrede im Bundestag vorstellen. Wir hatten den Bundeskanzler davon nicht unterrichtet, aber irgendwie hat er es doch erfahren. Und morgens um halb acht Uhr, eineinhalb Stunden vor der Rede, rief Helmut Kohl mich an und fragte: Was willst du da sagen? Ich erklärte es ihm, und er sagte: Das gibt Ärger. Dann haben wir Satz für Satz der Rede miteinander besprochen, und ich habe gesagt, das ist alles notwendig und richtig. Kohl hat es akzeptiert, aber gesagt: Du musst mit den Franzosen darüber reden.

ZEIT: Und das haben Sie getan?

Waigel: Ich habe es versucht. Bei einem Treffen der europäischen Finanzminister in Dublin habe ich stundenlang auf meinen französischen Kollegen Jean Arthuis eingeredet. Er hat nicht groß widersprochen. Als ich ihn aber dann gegen ein Uhr nachts fragte, ob er zustimmen könne, war seine Antwort: Nein. Da habe ich gesagt: Weshalb haben wir hier dann die ganze Zeit zusammengesessen? Er erwiderte ganz offen: Heute Abend gibt mein Staatspräsident – das war damals Jacques Chirac – zu dem Thema eine Pressekonferenz. Ich weiß nicht, welche Position er einnehmen wird.

ZEIT: Was hat Chirac gesagt?

Waigel: Er hat erklärt, dass er diesem Werk deutscher Technokraten nicht zustimmt. Daraufhin war ich einigermaßen wütend, bin zum Bundeskanzler. Meine Botschaft: Das wird jetzt bereinigt, oder ich halte morgen in München als CSU-Vorsitzender eine Rede und attackiere den französischen Staatspräsidenten. Daraufhin hat Kohl – die Staatschefs haben am Tag nach den Finanzministern getagt – geschaut, wo er Chirac erwischt, hat ihn in eine Ecke gedrängt und ziemlich intensiv mit ihm geredet. Im Abstand von drei, vier Metern stand Wim Kok, der damals niederländischer Premierminister war, und rief immer wieder: Helmut, gib nicht nach, Helmut, gib nicht nach! Am Schluss hat Chirac zugestimmt.

ZEIT: Die Erfindung des Euro scheint ein Dauerstreit zwischen Deutschland und Frankreich gewesen zu sein.

Regling: Da stoßen eben unterschiedliche Weltanschauungen, Philosophien, Traditionen aufeinander. Das haben wir bis heute. Aber das ist ja nicht unbedingt Streit. Zwar war es eine harte Auseinandersetzung, aber in einem vernünftigen Klima. Am Ende hat man sich immer verständigt.

ZEIT: Wenn nicht: Gäbe es dann den Euro nicht, oder hätte Deutschland nachgegeben?

Waigel: Es war bis zuletzt ein Prozess mit einem offenen Ausgang. Auch für Kohl, wie ich von ihm weiß. Es gab Überlegungen, dass wir nicht zugestimmt hätten, wenn sich wichtige andere Länder nicht qualifiziert hätten.

ZEIT: Dann hätten Sie gesagt: Tut uns leid, wir blasen die ganze Sache ab?

Waigel: Es gab eine Hintertür. Wenn wir dem Umrechnungskurs der nationalen Währungen zum Euro nicht zugestimmt hätten, dann hätte die Währung nicht eingeführt werden können. Wir hätten

dann aber wahrscheinlich andere Länder die Reißleine ziehen lassen, um die direkte Konfrontation mit Frankreich zu vermeiden. Die Niederländer wären dazu bereit gewesen.

Stark: Man muss in solchen Situationen gelegentlich auch über Bande spielen.

ZEIT: Für Helmut Kohl war der Euro ein Friedensprojekt. Doch in den vergangenen Jahren einte er Europa nicht, sondern spaltete es. In Griechenland wurden Zeichnungen von Angela Merkel mit Hitlerbart veröffentlicht, in Deutschland Berichte über die vermeintlich faulen Griechen.

Stark: Es gab unschöne und unberechtigte Szenen, die Emotionen sind hochgegangen, alte Ressentiments geschürt worden, natürlich auch von Populisten. Das hat sich auch mit den Ereignissen vor 20 Jahren zu tun, als wir entschieden: Wer gehört dazu, wer nicht? Die Länder mit sehr hohen Schuldenständen wie Italien hatten sich damals verpflichtet, ihre Schulden abzubauen. Carlo Ciampi, damals Finanzminister, hat sich nach dem Beitritt Italiens bei den europäischen Kollegen bedankt, dass sie in ihn Vertrauen gesetzt haben. In seinen Memoiren spricht Ciampi dann aber von Verrat, weil seine Nachfolger die Versprechen nicht eingehalten haben. Bis heute kommen die betroffenen Staaten mit der Umsetzung von Reformen nicht ausreichend voran.

Regling: Man kann das nicht verallgemeinern. Überall in Europa gibt es Reformen, in Spanien, in Portugal, in Irland, in Frankreich und auch in Griechenland. Ich bin heute aus Griechenland gekommen, die reformieren seit acht Jahren. Es gab einen Rückschritt, als Yanis Varoufakis Finanzminister war, aber inzwischen kommen sie gut voran. Wir werden das letzte noch laufende Hilfsprogramm planmäßig im August abschließen können. Damit haben jetzt alle Länder den Rettungsschirm verlassen!

Stark: Dennoch: Die Politik der Europäischen Zentralbank kaschiert die strukturellen Schwächen in vielen Mitgliedsstaaten.

ZEIT: War es ein Fehler, Italien aufzunehmen?

Regling: Ich habe das Buch von Ciampi gelesen, ich war auch dabei bei diesen Sitzungen. Und natürlich ist das enttäuschend, was in den Folgejahren geschah, aber Italien hat damals die Voraussetzungen erfüllt.

ZEIT: Herr Stark, wären Sie damals Bundeskanzler gewesen, wie hätten Sie entschieden?

Stark: Wir müssen mit der damaligen Entscheidung leben. Für mich ist etwas anderes wichtig: Der Fall Italien offenbart ein fundamentales Problem der Währungsunion: Wenn die Regierung wechselt, dann kommt es womöglich zu einer völlig anderen Politik, die alles, was bisher einigermaßen gut gelaufen ist, auf den Kopf stellt. Man kann daher kein abschließendes Urteil darüber fällen, ob sich Staaten dauerhaft wirtschaftlich annähern.

ZEIT: War das Argument der Bundesbank vielleicht doch nicht ganz falsch, dass es problematisch ist, wenn sich politisch souveräne Länder eine gemeinsame Währung teilen?

Waigel: Der Euro ist ein Vertragsbündnis, und deshalb ist Vertrauen so wichtig. Und wenn das Vertrauen beschädigt wird, beschädigt das eine solche Währungsunion. Deshalb war es so fatal, dass der Stabilitätspakt ausgerechnet von Deutschland und Frankreich aufgeweicht wurde, unter Gerhard Schröder und Hans Eichel. Außerdem haben wir uns zu sehr auf die Haushaltspolitik konzentriert.

Spanien oder Irland sind ja nicht in die Krise geraten, weil die Staatsschulden zu hoch waren, die waren sogar niedrig. Sie hatten eine riesige Blase am Immobilienmarkt, die geplatzt ist. Aber bei aller Kritik muss ich sagen: Wo wären wir heute in Deutschland ohne die gemeinsame Währung? Dann hätten wir eine Aufwertung der D-Mark von 25 bis 30 Prozent erlebt. Die deutsche Industrie hätte schwer zu kämpfen, weil ihre Produkte für das Ausland teurer geworden wären.

ZEIT: Die Regierungen der Euro-Länder wollen die Währungsunion jetzt krisenfest machen. Wird die Euro-Zone zu einer Transferunion, die in Deutschland viele kritisieren?

Regling: Nein. Ein Beispiel: Ich bin für den ESM verantwortlich, der jetzt ausgebaut werden soll.

ZEIT: Das ist der in Luxemburg ansässige europäische Krisenfonds, der Finanzhilfen an Länder in Schwierigkeiten vergibt.

Regling: Wir vergeben Finanzhilfen, aber in Form von rückzahlbaren Krediten, die an strenge Reformauflagen gebunden sind. Das sind keine Transfers, und das bleibt auch so. Der Fonds schließt eine Lücke, die wir damals vielleicht übersehen haben: In einer schweren Krise können Länder das Investorenvertrauen verlieren mit der Folge, dass niemand mehr ihre Staatsanleihen kauft. Bei der Gründung der Währungsunion hatten wir es nicht für möglich gehalten, dass in Europa so etwas passieren könnte. Heute kann uns ein Land in einer solchen Lage um einen Rettungskredit bitten, wenn ansonsten die Stabilität der Währungsunion gefährdet wäre.

Stark: Das ist aber eine völlig andere Währungsunion, als sie im Maastricht-Vertrag konzipiert wurde. Ihr Charakter wurde durch die Krisenmaßnahmen verändert. Man hat die wichtigen Prinzipien wie Nichtbeistandspflicht und Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten oder das Verbot der Staatsfinanzierung durch die Europäische Zentralbank völlig ausgehebelt. Ich bin nicht auf der Seite derjenigen, die ständig zum Verfassungsgericht laufen. Aber das ändert nichts an den Tatsachen.

ZEIT: Sie sind aus Protest gegen die Krisenpolitik der EZB von Ihrem Amt als Chefvolkswirt dort zurückgetreten.

Stark: Ich bin zur Überzeugung gelangt, dass wir eine problematische Richtung eingeschlagen haben. In dieser Einschätzung sehe ich mich durch den Gang der Ereignisse bestätigt.

ZEIT: Herr Regling, Sie sagen also, es wurde durch den ESM gewissermaßen ein Konstruktionsfehler der Währungsunion behoben?

Regling: So ist es.

Stark: Und ich sage, wir verstoßen gegen den Vertrag von Maastricht.

Waigel: Ich bin Jurist, ich orientiere mich am Wortlaut des Vertrags. Niemand kann den Staaten verbieten, gegenseitig Verträge abzuschließen und sich in Krisen zu helfen, das ist weder durch den Vertrag von Maastricht noch sonst verboten.

Regling: Das Bundesverfassungsgericht hat doch ausdrücklich bestätigt, dass die Gründung des ESM mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Ich habe mir das Urteil damals sehr genau angeschaut. Wenn das

Gericht anders geurteilt hätte, wäre meine Arbeit schließlich illegal gewesen. Es gibt auch keine Staatsfinanzierung durch die EZB.

Stark: Wir haben uns zu Beginn der Währungsunion genau angeschaut, wie stark frühere Krisen das Defizit erhöht hatten. Und wir waren zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Defizitobergrenze von drei Prozent genug Spielraum lässt, wenn die Haushaltspolitik in den guten Zeiten solide war und dadurch ein Puffer für schlechte Zeiten aufgebaut wurde. Wir waren doch keine Idioten, Klaus. Da ist nichts übersehen worden.

Regling: Die Finanzkrise war größer als die Krisen der Vergangenheit, es war die größte seit 80 Jahren. Es ist doch kein Zufall, dass der Internationale Währungsfonds als Re-aktion auf die schwere Wirtschaftskrise der dreißiger Jahre gegründet wurde. So was hatte man damals noch nicht erlebt. Also brauchte man neue Institutionen, die einspringen, wenn ein Land kein Geld mehr an den Finanzmärkten aufnehmen kann. Weil sich die Krise sonst noch verschärft. Im Grunde haben wir in den vergangenen Jahren etwas Ähnliches in Europa gemacht.

ZEIT: Was halten Sie von einem eigenen Euro-Budget, auf das sich Angela Merkel und Emmanuel Macron geeinigt haben?

Waigel: Ich glaube, es war vor allem wichtig, eine gemeinsame deutsch-französische Po-si-tion zu formulieren. Was das Budget angeht, hängt dies von der Konstruktion und der Höhe ab. Mehr Investitionen brauchen wir in Europa, auch in Deutschland.

ZEIT: Die CSU fürchtet, dass es zu mehr Umverteilung in Europa kommt, und hat sogar den Koalitionsausschuss einberufen. Wie stehen Sie dazu?

Waigel: Die CSU hat bisher alle europapolitischen Entscheidungen mitgetragen. Sie wird auch künftig ihrer europäischen Verantwortung gerecht werden.

ZEIT: In der CDU sagen inzwischen einige: Die CSU wird mehr und mehr zu einer euroskeptischen Partei.

Waigel: Die CSU ist keine euroskeptische Partei. Der Gründer der CSU hieß Josef Müller. Der war unter den Nazis im KZ, und wenige Wochen nach seiner Entlassung hat er gesagt, wir brauchen eine gemeinsame Währung, weil Länder mit gemeinsamer Währung nie mehr Krieg gegeneinander führen. Franz Josef Strauß war immer ein überzeugter Europäer und hätte, wäre er länger Finanzminister gewesen, die Einführung des Euro unterstützt. Aber Sie haben recht, Bedenken gab es natürlich sehr viele. Der Bundesrat musste der Einführung des Euro zustimmen, und in der Nacht vorher habe ich erfahren, dass die bayerische Staatsregierung unter Edmund Stoiber vorhatte, mit Nein zu stimmen.

ZEIT: Und dann?

Waigel: Dann habe ich sofort den Ministerpräsidenten angerufen und gesagt, wenn ihr das macht, werde ich in der gleichen Sekunde zurücktreten – als Finanzminister wie als Parteivorsitzender. Das musst du dann verantworten. Daraufhin wurden die bereits vorbereiteten Beschlüsse in der Staatskanzlei nochmals umgeschrieben. Manchmal muss man als Politiker etwas riskieren. Das gilt auch heute noch.

Regling: Was wir in der Währungsunion brauchen, ist mehr Risikoteilung. Ein Beispiel: Wenn es der US-Autoindustrie im Mittleren Westen schlecht geht, dann trifft das nicht nur die Arbeiter dort, sondern auch die Aktionäre in Florida oder Kalifornien. Dadurch verteilen sich die Kosten stärker. In Europa sind die Kapitalmärkte stark fragmentiert. Wenn es einem Unternehmen in Belgien schlecht geht, dann trifft das vor allem Belgier. Das kann man ändern, indem man die Integration der Finanzmärkte vorantreibt. Das kann durch staatliche Ausgleichsmechanismen ergänzt werden. Eine Möglichkeit: Der ESM vergibt zusätzliche kurzfristige Kredite, um die Konjunktur zu stabilisieren, wie es die deutsch-französische Erklärung vorsieht.

Stark: Ich bin einverstanden beim Thema private Risikoteilung. Die Währungsunion ist aber kein Bundesstaat wie die USA. Wir haben keine zentrale Instanz, die rechtliche Vorgaben durchsetzen kann. Wir können schließlich nicht eine Eingreiftruppe nach Rom schicken, wenn Italien das Defizitkriterium verfehlt. Und es ist auch niemand wirklich bereit, nationale Souveränitätsrechte abzugeben. Deshalb habe ich ein Problem damit, immer neue Geldtöpfe bereitzustellen.

ZEIT: Was schlagen Sie vor?

Stark: Wir brauchen vor allem eine Insolvenzordnung für Staaten, also ein geordnetes Verfahren, sonst entsteht Chaos. Investoren in Staatsanleihen müssen wissen, welche Risiken sie eingehen und was passiert, wenn ein Staat seine Schulden nicht mehr bedienen kann. Dann wären die Anleger nur noch bereit, einem Staat mit hohen Schulden Geld zu leihen, wenn dieser Staat ihnen hohe Zinsen bietet. Die Märkte würden Haushaltsdisziplin erzwingen, so war das eigentlich auch einmal gedacht.

Regling: Wir prüfen beim ESM heute schon, ob die Schulden eines Landes tragfähig sind, wenn dieses Land einen Kredit von uns haben will. Wenn dabei herauskommt, dass es eigentlich pleite ist, dann muss man natürlich etwas tun. Gut wäre es, sich auf einen Rahmen zu einigen, innerhalb dessen eine mögliche Schuldenumstrukturierung analysiert wird. Aber es muss bei jedem Land eine Einzelfallprüfung geben. Eine automatische Umstrukturierung der Schulden wäre dagegen riskant. Das könnte Krisen provozieren, die ansonsten noch vermieden werden könnten.

ZEIT: Wenn Sie die Chance hätten, mit dem Wissen von heute noch einmal über die Einführung des Euro zu entscheiden. Würden Sie es wieder tun?

Stark: Ja, allerdings nur mit Ländern, die gleich gerichtet denken.

ZEIT: Also ein Nord-Euro, wie ihn die AfD vorschlägt?

Stark: Das ist nicht meine Ausdrucksweise. Ich rede von Ländern mit ähnlichen wirtschaftspolitischen Denkweisen. Da hätten wir sicherlich auch mit Frankreich einen Deal hingekriegt.

Regling: Die Vorstellung, dass wir heute besser die Lira, den französischen Franc, den Escudo, den Schilling, die Finnmark hätten, ist absurd. Ich meine, Europa würde überhaupt nicht mehr wahrgenommen werden von den Chinesen und den Indern – und von Trump schon gar nicht. Ich will die Probleme gar nicht kleinreden, aber ich wüsste nicht, wie man heute Europa noch zusammenhalten sollte, wenn es da in der jetzigen EU 28 Währungen gäbe.

ZEIT: Und Sie, Herr Waigel? Würden Sie den Euro noch einmal einführen?

Waigel: Einer unserer bekanntesten und tiefendesten Philosophen, Robert Spaemann, hat gesagt: Politisch verantwortlich zu handeln heißt, unter gegebenen Bedingungen, die man sich nicht aussuchen kann, das Bestmögliche zu tun. Und genau das haben wir getan.

Das Gespräch führten **Petra Pinzler** und **Mark Schieritz**